

Bremen, März 1912.

No. 7.

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 6. März 1912.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Abegg, Richter Dr.
Brauns, Aug.
Castendyl, Richter.
Davin, J.
Dieß, Prof. Dr.
Franko, J. Aug.

Frese, Emil.
Fricke, Prof. Dr.
Henke, A.
Imwolde, Joh.
Kirbitz, Dieder.

Kloke, W.
Kohls, P.
Könentkamp, W.
Krug, E.
Madtstedt, A.

Meyer, Robert.
Rebelthau, Aug. G.
Schröder, W.
Struckmann, Helmr.
Waltemath, G.

Unentschuldigt fehlte niemand.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
I. Mitteilung des Senats vom 24. Februar 1912:		3. Einkommensteuer in den Hafenstädten und im Landgebiet	127
8. Bau einer Reitbahn und eines Pferdealles für das Offizierkorps des Infanterieregiments Bremen	120	4. Fortbildungsklassen für Droqisten	127
7. Neubau der Kaiserbrücke	125	V. Mitteilung des Senats vom 31. Januar 1912: Budget für das Rechnungsjahr 1912.	
2. Erweiterungsbau des Städtischen Museums für Natur-, Völkcr- und Handelskunde	127	Dazu	
9. Vergrößerung des Gefängnisses, Neubau eines Bucht Hauses in Oslebshausen	130	a) Mitteilung vom 1. Februar 1912:	
1. Verlegung der hiesigen Hauptagentur der deutschen Seewarte nach dem Verwaltungsgebäude des Hafens II	125	Budgetbericht der Polizeidirektion zu der Einnahme-Position 38/39 und der Ausgabe-Position 120/121 (Krankenversicherung, Invalidenversicherung und Versicherungsbehörden auf Grund der Reichsversicherungsordnung).	
3. Nachbewilligung für Bewirtungen	125	b) Mitteilung vom 1. März 1912:	
4. Nachbewilligung auf den Regulierungsfonds Ordentlicher Haushalt	125	10. Nachtrag zum Budget der Polizeidirektion 1912.	
5. Nachbewilligung auf den Regulierungsfonds Außerordentliche Verwendungen	125	12. Nachtragsantrag zum Spezialbudget des Generalsteueramts für 1912. (N. z. Verh. gef.)	
6. Inventar des Eichamts Bremen	125	VI. Mitteilung des Senats vom 1. Februar 1912:	
II. Wahl einer Kommission wegen Neupflasterung der Graf-Mollkestraße zwischen Bismarckstraße und Uhländstraße	125	5. Telephonanlage für die drei Tiefbauinspektionen im Bureau an der Tiefer. (N. z. Verh. gef.)	
III. Mitteilung des Senats vom 26. Februar 1912: Jahresbericht der Erleuchtungs- und Wasserwerke für 1910	126	VII. Mitteilung des Senats vom 27. Februar 1912: Ausbau der Häfen I und II. (N. z. Verh. gef.)	
IV. Mitteilung des Senats vom 28. Februar 1912:		VIII. Mitteilung des Senats vom 29. Februar 1912: Grunderwerbsvermögen. (N. z. Verh. gef.)	
1. Beschaffung zweier weiterer Lokomotiven für das hiesige Hafengebiet	126	IX. Mitteilung des Senats vom 1. März 1912:	
2. Straßenpflasterung	127	11. Biersteuerordnung. (N. z. Verh. gef.)	
		X. Mitteilung des Senats vom 2. März 1912:	
		1. Aenderung der Anlage B des Einkommensteuergesetzes vom 23. Februar 1910.	
		2. Erbschaftsteuer.	
		3. Firmen- und Gewerbesteuer. (N. z. Verh. gef.)	

Herr Dr. Quidde präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 17 Min.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Eingegangen ist eine

Mitteilung des Senats vom 4. März:

1. Nachbewilligung und Uebertragbarkeit von Positionen des Spezialbudgets Nr. 102, Zollausschlußgebiet u.,
2. Neupflasterung der Düsternstraße von Nr. 73 bis Hemmstraße,
3. Baumpflanzung in der Straße „Am Barkhof“ von Parkallee bis Schwachhauser-Chaussee,
4. Nachbewilligung auf das Budget des städtischen Museums für Natur-, Völker- und Handelskunde,
5. Instandsetzung der Wohn- und Stallräume auf dem Grundstück Westerstraße 12 für die Zwecke der Straßenreinigung

und eine Mitteilung vom 5. März:

1. Ausbau der Häfen I und II,
2. Erhöhung des Staatszuschusses an den Bremer Kunstverein,
3. Abienung der Bürger Heerstraße unter der Hafenbahn,
4. Anschluß des Herzogtums Oldenburg an das Hygienische Institut,
5. Revision der Bauordnung,
6. Austausch von Grundstücken an der Hastedter Chaussee.

Zu Senatskommissaren sind bestellt zur Mitteilung des Senats,

betreffend Grunderwerbsvermögen, die Herren Senator

Wessels und Senator Hildebrand,

betreffend Neupflasterung der Graf-Moltkestraße zwischen Bismarckstraße und Uhlandstraße, Herr Senator Rastow, dem die Herren Baudirektor Graepel und Bauinspektor Günther beigeordnet sind.

Nr. I der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 24. Februar 1912:

8. Bau einer Reitbahn und eines Pferdestalles für das Offizierkorps des Infanterieregiments Bremen.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Dr. Barkhausen.

Herr Hagemeyer: Die Baukommission hat nichts zu erinnern.

Herr Garbes: Herr Präsident! Meine geehrten Herren! Ich glaube, die Vorlage, die uns wie ein Blitz aus heiterem Himmel plötzlich gekommen ist, hat

uns alle überrascht. Wir wissen gar nicht, wie die Entstehungsgeschichte der Vorlage ist. Es ist seit vielen, vielen Jahren immer so gewesen, daß die Pferde des Offizierkorps in Privatreitbahnen untergebracht sind, und ich meine, wir sollten darum schon den Reitbahnbesitzern entgegenkommen und nicht einem Vorschlage zustimmen, der notwendigerweise eine Schädigung der Reitbahnbesitzer herbeiführt. Ich weiß auch nicht, was für Gründe vorliegen, da es doch wahrscheinlich einem Militärgaul keinen Schaden tut, wenn er neben einem Zivilgaul im Stalle steht. (Heiterkeit.)

Ich komme zum Gegenstand selbst. Sonst pflegt man in den meisten Fällen einen Vertrag abzuschließen. Von diesem Vertrage hat man bei dieser Vorlage nichts gesehen. Der Vertrag ist mit X geschlossen worden. X soll das Offizierkorps sein. Das Offizierkorps aber, meine Herren, wechselt, die Herren, die heute dem Korps angehören, können morgen veriezt werden. Ich nehme als selbstverständlich an, daß der Nachfolger eines Offiziers immer in den Vertrag eintritt, stillschweigend. Aber einfacher wäre es gewesen, wenn man, wie es sonst so geschehen pflegt, 30 000 M. Anteilscheine ausgegeben und die Militärverwaltung dann die Reitbahn gebaut hätte. Dann hätte die Bürgererschaft gar nicht befragt werden brauchen. Denn bei solchen Sachen haben wir ja gar nichts zu sagen, wir werden gar nicht gefragt. Als die Maschinen-gewehrabteilung eingerichtet wurde, hat man auch auf den Kasernenhof einen Stall für 25 Pferde hingestellt, ohne die Anwohner zu fragen, ohne sich darum zu kümmern, ob die Anwohner der schönsten Straße der Neustadt — denn das ist die Neustadtscoutrescarpe — dadurch geschädigt werden. Denn daß sie geschädigt sind, ist sicher; es geschieht das durch die Ausdünstungen in einem solchen Stall und durch die Fliegenplage. Ich erinnere daran, wie man andern Herren, Privat-leuten Schwierigkeiten gemacht hat. Ich weiß z. B., daß man einem Herrn bei Einrichtung eines Stallgebäudes — es handelt sich um ein Mitglied unserer Bürgererschaft — die allergrößten Schwierigkeiten gemacht hat, bis es ihm schließlich gelungen ist, die Erbauung des Stalles auf seinem Grundstück überhaupt durchzusetzen. Wenn wir von diesem Gesichtspunkt ausgehen und daran denken, daß der Militärskus als solcher jede Vorlage dieser Art einfach ablehnt, so wüßte ich nicht, weshalb wir diejenigen sein sollen, die nun in die Bresche treten müssen und für den Militärskus zu 4 % das Geld hergeben sollen, das uns selber 4 % kostet, nur um den Herren eine Gefälligkeit zu erweisen, dabei aber die Anwohner zu schädigen.

Ich bin auch noch aus einem andern Grunde dagegen. Wir sollen das Geld auf 30 Jahre hergeben. Wie aber, wenn es plötzlich zu einer Verlegung der Truppe käme? Wie kriegen doch demnächst wieder eine Heeresvorlage, wodurch eine Vermehrung der

Garnisonen erforderlich werden wird. Wenn wir nun demnächst Artillerie oder dergleichen als Garnison erhalten, dann sitzen wir mit dem Stall und der Reitbahn daher. (Herr Bruns: Die haben doch auch Pferde und können den Stall sehr gut brauchen!)

Das allerwichtigste aber ist, daß wir vor längerer Zeit beschlossen haben, daß ein Bebauungsplan für die Neustadt angefertigt werde. Dieser Bebauungsplan ist einigen Herren zugänglich gemacht worden, und ich habe ihn auch gesehen. Dieser Bebauungsplan wird ohne Frage, wenn er von Senat und Bürgerschaft genehmigt wird, für diese Gelände große Veränderungen herbeiführen. Ich nehme an, daß die Bürgerschaft dem idealen Plan, den Herr Stadtbaumeister Muesmann ausgearbeitet hat, ihre Zustimmung nicht verjagen wird. Der Plan sucht für diesen Stadtteil noch zu retten, was gerettet werden kann. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, sollten wir die Beschlußfassung aussetzen, bis uns dieser Bebauungsplan vorgelegt ist. Die Herren Offiziere haben sich so lange beholfen, da werden sie sich auch noch ein paar Jahre behelfen können. Wir sollten also ruhig abwarten, bis uns der Bebauungsplan vorgelegt ist. Ich bin der Meinung, daß wir auf die Dauer die Kasernen an dem Platze, wo sie sich jetzt befinden, nicht halten können. (Zuruf: Donnerwetter!) Herr Wuppesahl, Sie rufen „Donnerwetter“, aber sehen Sie sich doch den Plan an: es geht ja gar nicht anders, wenn der Stadtteil eine direkte Verbindung mit dem Zentrum der Stadt erhalten soll! Von diesem Gesichtspunkt aus erlaube ich mir folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft setzt die Beschlußfassung über die vom Senat unterm 24. Februar a. c. gemachte Vorlage, betreffend „Bau einer Reitbahn und eines Pferdestalles für das Offizierkorps des Infanterie-Regiments Bremen“, bis nach der definitiven Festlegung des Bebauungsplanes für die Neustadt aus.

Ich möchte Sie bitten, dem Antrage Ihre Zustimmung nicht verjagen zu wollen.

Herr Basselmann: Den Worten des Herrn Garves habe ich wenig hinzuzufügen. Herr Garves hat die Sache so klar und deutlich vorgeführt, als die Neustädter Vertreter nur wünschen können. Ich möchte nur näher darauf hinweisen, wie stark die Bewohner der Neustadtscoutescarpe geschädigt werden. Wenn Sie den Plan ansehen, finden Sie, daß das Gebäude unmittelbar neben die Neustadtscoutescarpe herangerückt werden soll. Herr Garves hat schon ausgeführt, daß die Ausdünstungen und die Fliegenplage bei einem solchen Gebäude ganz erheblich sind und zu Belästigungen der Anlieger und der Passanten führen. Ich spreche speziell die Wünsche der Geschäftsleute aus. Sie wünschen schon seit langen Jahren eine Verbindung des Schützenhofviertels mit dem

Zentrum der Stadt. Daß eine solche direkte Verbindung nicht besteht, ist die Ursache, daß die Geschäfte nicht florieren. Jetzt haben die Anlieger des Schützenhofviertels nur die Verbindung Meterstraße—Kleine Allee, die direkte Verbindung aber fehlt ihnen. In diesem Sinne möchte ich den Antrag des Herrn Garves unterstützen.

Herr Heinken: Herr Präsident! Meine Herren! Ich möchte die Bürgerschaft auch bitten, dem Antrag des Herrn Garves zuzustimmen, und zwar aus folgenden Gründen. Der bremische Staat hat eigentlich, wenn man es genau nehmen will, sich an der Neustadt ein klein wenig versündigt und die bestehenden Verkehrsverhältnisse völlig verschoben. Durch die Erbauung der neuen kleinen Weserbrücke ist die Neustadt wirklich geschädigt. Herr Basselmann hat schon angemerkt, daß ein neuer Verkehrsweg gefunden werden muß, nicht nur mit dem Herzen der Neustadt, sondern auch mit dem Herzen der Altstadt. Das ist aber eine Angelegenheit, auf die wir später eingehen können. Ich meine aber, die Herstellung des Reitstalles oder Pferdestalles, wie er vorgeschlagen ist, hat absolut gar keine Eile. Ich weiß nicht, wie der Senat so mir nichts dir nichts gleich seine Zustimmung hat erteilen können und die Bürgerschaft ersucht, auch ihre Zustimmung zu erteilen. Ich meine, die Bürgerschaft hat vollkommen recht, wenn sie bis zum Eingang des Bebauungsplanes für die Neustadt, wie Herr Garves ausgeführt hat, und der in nächster Zeit in Aussicht steht, die Vorlage verschiebt.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Dr. Barkhausen: Herr Präsident! Ich bedauere lebhaft, daß die harmlose Vorlage bei den Bewohnern der Neustadt oder ihren Vertretern so wenig Gnade gefunden hat. Insbesondere Herr Garves hat wenig freundliche Worte gegenüber dem Offizierkorps gefunden, das doch in gewisser Weise bei uns Gastrecht besitzt. Wenn Herr Garves erklärt, er habe sich vergeblich nach Motiven für die Vorlage umgesehen, so war es nicht unsere Sache, Motive zu finden, und es mußte uns genügen, wenn uns militärischerseits erklärt wurde, daß aus militärischen Gründen ein starkes Bedürfnis vorhanden sei. In dieser Beziehung hat das Offizierkorps eine Eingabe gemacht, in der es heißt:

Das Bedürfnis zur Erbauung einer Reitbahn liegt im dienstlichen Interesse und ist eine Notwendigkeit geworden, nachdem die örtlichen Verhältnisse Bremens sich außergewöhnlich geweitet haben. Aus gleichen Gründen muß auf dem Kasernengrundstück demnächst ein Stall für die Pferde der berittenen Offiziere des Regiments erbaut werden, weil die Unterbringung dieser Pferde in der Stadt seit langer Zeit die größten Schwierigkeiten wegen zu hoher Preise und zu großer Entfernung vom Kasernement hervorruft, und das

Regiment unter den jetzigen Verhältnissen kaum imstande sein dürfte, in ernsteren Zeitläuften zur rechten Zeit mit den berittenen Offizieren marschfähig zu sein.

Das sollte für die Bürgerschaft genügen.

Dann vermißt Herr Garves den Vertragsabschluß. Ist es denn noch nie vorgekommen, daß der Senat ermächtigt wird, einen Vertrag nach Maßgabe der genehmigten Bedingungen abzuschließen? Ist das ein Verbrechen, etwas besonderes?

Ferner — und das ist das einzige, worin ich Herrn Garves rechtgeben kann — ist die Frage aufgeworfen: Wer soll denn eigentlich der Garant sein? Das Offizierkorps als Ganzes, ist die Antwort. Ich habe mir, weil ich mir über die Sache nicht klar war, den Vertrag aus Göttingen kommen lassen, der dort vor einigen Jahren abgeschlossen ist, und deshalb ist der Regimentsskommandeur hier, der früher dort stand, wohl auch auf die Sache gekommen. Dort hat die Stadtgemeinde auch einen solchen Vertrag mit dem Offizierkorps geschlossen, und es hat sich gezeigt, daß es sehr gut geht. Die Sache ist einfach die, daß, wenn ein Offizier versetzt wird, er aus dem Vertragsverhältnis ausscheidet und dafür das neue Mitglied des Offizierkorps den Vertrag unterzeichnet. Anteilsscheine ausgeben? wie soll man das machen? Man kann das von den Herren Offizieren nicht verlangen, da anzunehmen ist, daß sie binnen kurzem versetzt werden, und was fangen sie dann mit ihren Anteilsscheinen an? Das geht nicht wegen des fortwährenden Wechsels.

Die Vorlage kostet uns nichts, was Herr Garves selbst zugibt, da der Betrag mit 4 % verzinst und mit 2 % innerhalb 30 Jahren amortisiert wird.

Uebrig bleibt dann noch der Bebauungsplan für die Neustadt, von dem Herr Garves gesprochen hat, von dem er, da er, wie es scheint in intimen Beziehungen zu Herrn Muesmann steht, hier, ich darf wohl sagen, uns vororkelt hat. Wenn von dem Standpunkt des Bebauungsplanes aus irgend welche Bedenken zu erheben wären, wären doch zunächst die Herren Senatoren Wessels, Hildebrand und Donandt im Senat berufen gewesen, Bedenken dagegen geltend zu machen, aber von keiner Seite sind dort in dieser Hinsicht Bedenken erhoben worden. Allerdings, wenn man soweit geht, daß man sagt, die Kasernen müßten weg, was uns Millionen kosten würde — wir haben aber das Geld besser nötig — so kann man jede Vorlage zu nichts machen. Nehmen Sie die Vorlage an, sie ist wohlbegründet und entspricht einem Bedürfnis.

Herr Kruse: Herr Präsident! Meine Herren! Wir sind aus andern Gründen gegen die Vorlage, nämlich weil wir sehen, daß es nur eine persönliche Angelegenheit ist, die hier in Frage kommt. Ebenjogut könnte jeder andere an uns herantreten mit dem

Wunsch, Staatsgelder für ihn auszulegen. Das soll hier allerdings geschehen gegen Verzinsung und Amortisation, aber vorläufig sind wir doch das Geld los. Weil es sich nur um das Privatinteresse einiger Herren handelt, lehnen wir die Vorlage ab.

Herr Fr. Franke: Ich möchte als Einwohner der Neustadt nicht gegen diese Vorlage stimmen. Ich bin der Meinung, wenn schon soviel Pferde bei der Kaserne eingestellt sind, kommt es auf ein paar Pferde mehr nicht an. Ich bin aber der Meinung, daß für das Gebäude eine andere Stelle bestimmt werden könnte, als nach dem Plane vorgesehen ist. Das Areal ist ein langgestrecktes Grundstück, das auf der einen Seite von der Neustadtscontrescarpe begrenzt wird. Dieser neue Stall soll nun an die eine kurze Seite gelegt werden in die Ecke, mit der einen Seite an die Neustadtscontrescarpe angrenzend, in der Nähe der gegenüberliegenden Privatwohnungen. Ich möchte die Anregung geben, den neuen Pferdestall weiter, dicht an die Kaserne zu legen, also von den Privatwohnungen weiter abzurücken.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Dr. Barkhausen: Diese Anregung kann ich nicht sofort beantworten, da ich darauf nicht gefaßt sein konnte. Ich möchte aber anheimgen, falls die Bürgerschaft der Meinung ist, daß die Platzfrage noch weiter geprüft werden soll, prinzipiell ihre Genehmigung zur Vorlage auszusprechen, sich aber einen Bericht darüber zu erbitten, ob das Gebäude nicht an einen anderen Platz gestellt werden könnte. Die Kosten werden dadurch ja nicht verändert.

Herr Schierenbeck: Ich stehe mit dem Herrn Senatskommissar auf dem Standpunkt, daß man dem Offizierkorps soviel wie möglich entgegenkommen soll, natürlich unter der Voraussetzung, daß die Interessen der Bewohner dadurch nicht geschädigt werden. Die Herren Vorredner haben aber bewiesen, daß die Bewohner der Neustadtscontrescarpe unbedingt geschädigt werden. Wir wissen, daß schon jetzt die Anwohner der Neustadtscontrescarpe sich bitter beklagen, besonders auch darüber, daß in eine Ecke nach der Neustadtscontrescarpe hin der Stall für die Pferde der Maschinengewehrabteilung gelegt ist. Der Herr Senatskommissar hat gesagt, daß im Senat kein Widerspruch erhoben sei. Darüber habe ich mich gewundert, da dort doch auch Herren von der Stadterweiterung sitzen. Ich meine, diese hätten im Senat niemals einen solchen Pferdestall an einer solchen Straße genehmigen dürfen. Wir haben in der Stadterweiterungsdeputation verschiedentlich über derartige Anträge verhandelt, und ich kann mir nicht denken, daß die Herren Senatoren Dr. Donandt und Hildebrand den Antrag unwidersprochen gelassen haben.

Dann möchte ich darauf verweisen, daß für das Offizierkorps in keiner Weise eine Notwendigkeit für

den Bau des Pferdestalles vorliegt. Wäre die Notwendigkeit vorhanden, dann hätte das Offizierkorps das Recht und die Pflicht, sich an das Kriegsministerium oder vielleicht an das Korpskommando zu wenden. Aber die Herren in Berlin bzw. in Altona halten es jedenfalls nicht für eine Notwendigkeit, denn sonst würde das Offizierkorps den Antrag gestellt haben, daß ihm die Mittel dafür vom Militärkassus bewilligt würden. Daß die Herren Offiziere eine Reitbahn wünschen, verstehe ich wohl. Herr Franke hat schon angeregt, das Gebäude an einem andern Platze zu errichten. Auch ich bin der Meinung, daß das noch einmal zu erwägen ist. Ich bin aber nicht der Meinung, daß ein anderer Platz auf dem Kasernenhofe gesucht werden sollte, sondern man sollte damit nach auswärts gehen. Wir haben viel freies Land in unmittelbarer Nähe der Kaserne, das dem Staat gehört, wo der Stall und die Reitbahn erbaut werden könnten. Das wäre auch keine Belästigung für die Offiziere, denn die Burschen holen die Pferde und bringen sie wieder fort. Wir tun den Anwohnern der Neustadtscourpe einen Gefallen, wenn wir uns gegen derartige Anträge entschieden wehren. Als der Stall für die Maschinengewehrabteilung gebaut wurde, sind wir gar nicht einmal gefragt worden, und auch die Baubehörde soll vollständig übergegangen worden sein, der Stall ist dort einfach hingeseht worden. Jetzt kommt man uns aber, weil wir Geld vorschießen sollen. Damit kann man ja auch einverstanden sein; aber die Platzfrage muß unbedingt noch näher besprochen werden. Ich möchte bitten, der Anregung des Herrn Franke zu folgen, daß über die Platzfrage noch einmal beraten und berichtet wird.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Dr. Barkhausen: Herrn Schierenbeck kann ich wohl sagen: seine Rede bestand aus einer Reihe von Mißverständnissen. Zunächst hat er gesagt, die Vorlage fände keine Gnade beim Kriegsministerium, sonst würde sich das Offizierkorps an das Kriegsministerium gewandt haben. Nun steht aber in der Vorlage ausdrücklich — Herr Schierenbeck muß es gelesen haben — daß das Offizierkorps gebeten habe, bevor die Genehmigung des Kriegsministeriums zur Ausführung des Bauprojekts nachgesucht werde, zunächst die Zustimmung der Bürgerschaft zu erwirken. Dann sagte Herr Schierenbeck, sei es merkwürdig, daß der Stall für die Maschinengewehrabteilung gebaut worden sei, ohne daß dafür die Bürgerschaft befragt sei, jetzt aber, wo man Geld haben wolle, werde die Bürgerschaft gefragt. Der Unterschied ist aber, daß das Maschinengewehrgebäude aus Mitteln des Reichs erbaut ist, und zwar auf einem Areal, das dem Reichskassus gehört, und deshalb war die Zustimmung der Bürgerschaft dazu nicht erforderlich. Hier aber soll ein Bau ausgeführt werden, für den Bremen das Geld hergibt, das aber verzinst und amortisiert werden soll, da müßte die

Bürgerschaft befragt werden. Daß aber bei dem Bau des Maschinengewehrgebäudes die Baubehörde, die Baupolizei nicht gefragt worden wäre, das wird Herr Schierenbeck selber nicht behaupten wollen: die muß selbstredend bei jedem Bau befragt werden, die Bürgerschaft aber nicht.

Dann hat Herr Schierenbeck gesagt, wir sollten mit dem Bau nach auswärts gehen. Da müßten wir aber erst Grundstücke für diesen Zweck erwerben, während das Gebäude auf dem Areal des Reichskassus errichtet werden soll, das uns nichts kostet. Es könnte also höchstens überlegt werden, ob für das Gebäude auf dem Areal des Kasernements eine andere, geeignetere Stelle gefunden werden kann. Ich glaube es nicht, da der vorgeschlagene Platz dicht neben dem Maschinengewehrgebäude liegt. Ich bitte die Bürgerschaft, jedenfalls im übrigen die Vorlage zu genehmigen und nur noch einen Bericht zu verlangen, ob das Gebäude auf einer anderen Stelle dieses Areals erbaut werden kann, wie es Herr Franke wünscht.

Präsident: Herr Franke, einen Antrag haben Sie nicht gestellt? (Zuruf: Den wird gleich ein anderer stellen!)

Herr Garves: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren! Zuerst muß ich mich dagegen verwahren, wenn der Herr Senatskommissar mir vorwirft, ich hätte Angriffe gegen das Offizierkorps gerichtet. Das ist mir nicht eingefallen, ich habe mit keiner Silbe das Offizierkorps angegriffen. Ich verstehe sehr wohl, daß den Herren daran gelegen sein muß, eine Reitbahn dicht bei der Kaserne zu haben. Worauf ich nun noch besonders hinweisen möchte, ist, daß der Herr Senatskommissar Herrn Schierenbeck nicht verstanden hat. Herr Schierenbeck hat das Richtige getroffen; er hat behauptet, und das habe ich auch ausführen wollen, wenn ein dienstliches Interesse vorliegen würde — und das hat der Herr Senatskommissar ausgeführt — dann hätte das Offizierkorps nur nötig, sich an den Militärkassus zu wenden, und dieser würde, falls ein dienstliches Interesse anerkannt würde, dann einfach aus Reichsmitteln den Stall bauen. Das ist, was Herr Schierenbeck gesagt hat und nicht umgekehrt, was der Senatskommissar davon macht, daß nur der Militärkassus seine Zustimmung geben soll. Der Militärkassus lehnt rundweg ab, für derartige Sachen Gelder zu bewilligen. Wenn aber ein dienstliches Interesse vorläge, dann würde der Militärkassus sofort die 30 000 M. bezahlen. Dann habe ich die Sache anders ausgeführt! Ich habe gesagt, warum tritt das Offizierkorps nicht zusammen und macht die Sache auf Grundlage von Anteilscheinen, die der betreffende Offizier, der ausscheidet, dann seinem Nachfolger übergibt. Wenn die Herren den Stall besonders gern wünschen, dann müßten vom Offizierkorps auf diese Weise 30 000 M. aufzubringen sein, und dann bräuchten sie nicht Senat und Bürgerschaft

damit zu kommen. Ich bin der Meinung: hat man soviel Jahre die Pferde in der jetzigen Weise untergebracht, so kann man es auch noch die kurze Zeit weiter so machen und hat nicht nötig, dem Bebauungsplan von vornherein einen weiteren Hemmschuh anzulegen. Ich bitte also, auch noch soviel Geduld zu haben, bis der Bebauungsplan vorliegt; das kann nicht allzulange mehr dauern.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Dr. Barkhausen: Ich darf bemerken, daß Herr Garbes die Zahl der Mißverständnisse noch um eins vermehrt hat. Er wirft die Frage auf: weshalb gibt der Reichsfiskus nicht direkt die Mittel her, wenn er die Sache für erforderlich hält? Warum wendet man sich hier an den Bremer Staat, daß er vorschießen soll? Ich möchte darauf erwidern, als 1891 die große Kaserne gebaut wurde, da ist man in gleicher Weise mit dem Kasernenbau verfahren, wie wir jetzt mit der Reitbahn verfahren wollen, d. h. wir haben die Kaserne gebaut, und das ganze Kasernement wird verzinst und amortisiert vom Reichsfiskus. Das hat seinen Grund in Folgendem: Der Reichsfiskus icheut seinen Reichstag, wie der Senat zuweilen die Bürgerschaft (Heiterkeit), und er hat große Bedenken, eine größere Summe auf einmal bewilligen zu lassen. Der Fiskus sagt daher zur Stadtgemeinde, ich bin bereit, wenn ihr das Geld gebt, es zu verzinsen und zu amortisieren. Aber die ganze Summe auf einmal möchte ich nicht ausgeben, vielmehr sie allmählich abtragen. Das geht leichter beim Reichstage durch. In vielen Städten Deutschlands ist der Reichsfiskus in dieser Weise verfahren. Ich habe also nachgewiesen, daß bei dem großen Kasernenbau genau so verfahren ist, wie wir heute bei der Reitbahn und dem Pferdestalle verfahren wollen, nur daß statt des Reichsfiskus zunächst das Offizierkorps als Vertragsschließender auftritt.

Herr Hefemeyer: Auf die Platzfrage will ich nicht weiter eingehen; dagegen haben die Vertreter der Neustadt genügend Einspruch erhoben, den Stall nicht an die Contrescarpe zu legen. Im Prinzip bin ich der Meinung, daß die Bürgerschaft die Vorlage genehmigen sollte. Es ist Tatsache, daß sich in ganz Bremen gegen die Erbauung von Pferdeställen eine gewisse Aversion geltend gemacht hat. Sie ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß man mit einer größeren Unreinlichkeit und Unsauberkeit rechnet. Das ist aber nicht der Fall, und gerade beim Militär muß man voraussetzen, daß hier die größte Sauberkeit herrscht. Ich möchte aber noch eins zur Aufklärung mitteilen. Die Reitbahn von Haberjahn, die vielfach von den Offizieren benutzt worden ist, geht ein. Herr Haberjahn baut auf seinem Areal irgend ein anderes, größeres Gebäude für Schaustellungen, und damit wird diese Reitbahn hinfällig. Insofern ist ein Bedürfnis in der Neustadt vorhanden, eine Reitbahn wieder zu schaffen. Was das Geld anbelangt, so

möchte ich erwähnen, ob es hier nicht ebenso angebracht ist, dasselbe darzuleihen, wie wir seinerzeit auch das Geld für die Abdeckerei gegeben haben. Auch da haben wir es gegeben ohne großen Nutzen, trotz der vielen Gegenrede, und wir haben das Geld doch bewilligt. Da wir nun hier keinen Verlust erleiden, so möchte ich bitten, das auch hier ruhig zu tun.

Herr Lauts: Herr Präsident! Meine Herren! Ich halte das Bedenken des Herrn Garbes, die finanzielle Transaktion mit den Offizieren zu machen, nicht für berechtigt; ich glaube, wir können den Herren Offizieren ruhig den Kredit schenken, daß sie 30 000 M. vorgezogen bekommen auf ein solches Gebäude, um es nach Jahren wieder abzuzahlen. Ich glaube, daß gegen die Vorlage kaum etwas einzumenden sein wird. Ich halte es aber nicht für richtig, daß wir warten sollen, bis der ganze Bebauungsplan für die Neustadt vorliegt. Ich meine, es ist der einfachste Weg, wenn wir die Vorlage an die Deputation für die Stadterweiterung zurückverweisen; die kann die Sache dahin prüfen, ob sie mit dem Bebauungsplan in Konflikt kommt. Ich möchte mir erlauben, einen Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft genehmigt im Prinzip die Vorlage und ersucht den Senat, die Deputation für die Stadterweiterung mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob nicht auf dem Areal des Kasernements ein geeigneterer Platz zu finden ist.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Schierenbeck: Herr Präsident! Meine Herren! Von Mißverständnissen meinerseits, wie der Herr Senatskommissar gesagt hat, kann nicht die Rede sein. Ich habe die Vorlage genau gelesen, mit verschiedenen Anwohnern der Neustadt darüber konferiert und habe auch deutlich meine Meinung zum Ausdruck gebracht. Was Herr Lauts vorschlägt, die Angelegenheit von der Deputation für die Stadterweiterung prüfen zu lassen, ob diese Anlage nicht auf einer anderen Stelle des Kasernenhofes errichtet werden kann, kann ich nicht verstehen. Schon lange bevor Herr Lauts Mitglied der Deputation für die Stadterweiterung war, ist die Delmestraße angelegt worden in 15 m Breite. Es wäre geradezu ein Unsinn, wenn man die Delmestraße auf 15 m Breite angelegt hätte als Nebenstraße. Das hat man beantragt, weil man schon damals an das gedacht hat, was Herr Garbes ausgeführt hat, daß man nämlich in nicht zu ferner Zukunft einen weiteren Hauptzuführungsweg nach dem Herzen der Neustadt schaffen müsse. Deshalb sollte man auf dem Kasernenhofe einen zweiten Stall nicht mehr bauen. Ich bin der Meinung, daß der Antrag des Herrn Garbes das richtige trifft, daß von der Deputation für die Stadterweiterung geprüft wird, ob es richtig ist, den Pferdestall hier noch zu errichten.

Ich meine, alle die Gründe, die vorgebracht sind, den Pferdestall außerhalb des Kasernenhofes zu errichten, sind entschieden stichhaltig; denn später werden größere Kasernements doch außerhalb der Stadt gebaut werden müssen, und deshalb sollte man mit dem Reitstall jetzt schon weiter hinausgehen.

Ich bitte, den Antrag des Herrn Garves anzunehmen.

Der Antrag Garves wird abgelehnt.

Der Antrag Lauts wird angenommen.

7. Neubau der Kaiserbrücke.

Senatskommissar Herr Senator Rassow, Beigeordnete die Herren Baurat Graepel und Bauinspektor Zaleski.

Herr Böttcher: Herr Präsident! Meine Herren! Wir haben es hier mit einer großen, reichhaltigen Vorlage zu tun. Ich will nicht auf alle Einzelheiten eingehen, nur mit ein paar Worten der Kaiserbrücke erwähnen. Im Laufe der Jahre haben sich Mängel herausgestellt, erstlich durch die Vertiefung der Weser — die Fundamente liegen höher als die Sohle des Flußbettes —, zweitens ist dadurch das Obergerüst leichten Schwankungen unterlegen, und ferner ist der Bohlenbelag schlecht geworden. Wenn wir die Brücke neu belegen wollen, dann kostet uns das wenigstens 50 000 M., und die sollten wir sparen. Deswegen müssen wir daran denken, bei Zeiten die Notbrücke herzustellen. Ich möchte deshalb bitten, die gestellten Anträge anzunehmen und die erforderlichen 318 400 M. zu bewilligen.

Präsident: Ich nehme an, daß die Herren damit einverstanden sind, daß wir über die Anträge zusammen abstimmen.

Die Anträge der Deputation mit dem Vorschlage des Senats werden angenommen.

Präsident: Die beiden nächsten Gegenstände können noch nicht zur Verhandlung kommen, da die Senatskommissare erst auf 1/28 Uhr eingeladen sind.

1. Verlegung der hiesigen Hauptagentur der deutschen Seewarte nach dem Verwaltungsgebäude des Hafens II.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

3. Nachbewilligung für Bewirtungen.

Herr Donath: Herr Präsident! Meine Herren! Bei den Budgetberatungen sind wir immer gegen diesen Posten gewesen, und wir werden auch heute gegen diesen Antrag stimmen. Wir wissen genau, daß die Mehrheit der Bürgerschaft auf dem Standpunkte

steht, daß dieser Posten gerechtfertigt ist. Wir wollen, trotzdem wir wissen, daß heute Abend die Vorlage angenommen wird, ohne daß die Bürgerschaft ein Wort des Protestes dagegen erheben wird, dagegenstimmen. Aus dem Grunde habe ich meine Ausführungen gemacht. Wir werden gegen die Bewilligung sein.

Der Antrag des Senats wird angenommen.

4. Nachbewilligung auf den Regulierungsfonds Ordentlicher Haushalt.

Herr Otten: Herr Präsident! Meine Herren! An dieser Vorlage sehen Sie, daß wir mit unseren Regulierungen immer weiterkommen bei kleinem. Ich möchte noch auf eins hinweisen. Im vorigen Herbst haben wir einen Antrag angenommen, die Regulierungsdeputation möge schleunigst berichten, wie es mit der Regulierung in der Baumstraße würde. Diesen Bericht haben wir bis heute noch nicht erhalten. Ich möchte an den Rechnungsführer die Bitte richten, zu veranlassen, daß uns dieser Bericht bald zugeht. Die Baumstraße ist in einem solchen Zustande, daß eine Regulierung erfolgen muß. Wir sind es aber gewohnt bei der Regulierungsdeputation, wenn ihr Anträge nicht genehm sind, daß dann lange Zeit darüber hingezogen, ehe sie sich veranlaßt sieht, darauf zu antworten. Ich möchte noch einmal darauf hingewiesen haben.

Der Antrag wird angenommen.

5. Nachbewilligung auf den Regulierungsfonds Außerordentliche Verwendungen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

6. Inventar des Eichamts Bremen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Nr. II der Tagesordnung:

Wahl einer Kommission wegen Neupflasterung der Graf-Moltkestraße zwischen Bismarckstraße und Uhlandstraße.

Es machen Vorschläge:

Herr Kruse: 1. Stören.

Herr Garde: 2. Brasch, 3. Davin, 4. Struckmann, 5. Runoth.

Herr Groninger: 6. Kuhlmann, 7. Lauts, 8. Richter von Spreckelsen, 9. von Uebel.

Herr Heinken: 10. Daniel Sanders.

Gewählt werden die Herren unter 1 bis 9.

Nr. III der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 26. Februar 1912:

Jahresbericht der Erleuchtungs- und Wasserwerke für 1910.

Herr Garves: Ich möchte freundlichst bitten, den Gegenstand heute abzusehen. Wir haben die Vorlage nur erst kurze Zeit in Händen, und bei uns sind so verschiedene Wünsche und Feststellungen über die Vorlage im Werke, daß wir dringend bitten müssen, die Vorlage heute abzusehen.

Herr Heinken: Ich möchte noch den Zusatzantrag dazu stellen,
daß eine Senatsvertretung stattfindet.

Präsident: Das müssen Sie wohl begründen. Wenn wir den Senat ersuchen sollen, sich kommissarisch vertreten zu lassen, dann müssen Sie sagen, worüber Auskunft erteilt werden soll.

Herr Heinken: In einer Vorversammlung, bei welcher dieser Jahresbericht besprochen wurde, wurde auf die Wassermesser hingewiesen und dazu bemerkt, daß sich in einigen Häusern mit diesen Messern große Unzuträglichkeiten herausgestellt haben, so daß es dringend notwendig wäre, daß uns von maßgebender Seite darüber ein klarer Bescheid gegeben würde; und das wird niemand anders können, als ein Senatskommissar. Es wurde hervorgehoben, daß das Funktionieren der Wassermesser sehr unregelmäßig sei, und daß man sich wundern müsse, daß sie überhaupt eingeführt seien. Außerdem wurde über die Berechtigung der Zahlung des Mindestbeitrags gesprochen und daß nur von kleinen Familien der Mindestsatz bezahlt werden müßte. Das könnte vom Herrn Senatskommissar am besten beantwortet werden.

Herr Rieniets: Der Senat würde kommissarisch vertreten sein, wenn Anträge beim Bürgeramt oder beim Rechnungsführer der Deputation eingegangen wären. Da aber keine Anträge gestellt waren und keine Anträge angemeldet waren, hielt die Deputation es nicht für nötig, daß der Senat sich kommissarisch vertreten ließ.

Herr Fitger: Ich möchte empfehlen, auf den Wunsch von Herrn Garves und von Herrn Heinken einzugehen. Wenn ein Teil der Bürgerschaft nicht Zeit gehabt hat, eine so große Vorlage durchzuarbeiten, die nur erst kurze Zeit in den Händen der Bürgerschaftsmitglieder sich befindet und deren Beratung keine große Eile hat, so sehe ich nicht ein, weshalb man nicht auf einen solchen Wunsch eingehen sollte.

Der Antrag von Herrn Garves wird angenommen.

Der Antrag von Herrn Heinken wird angenommen.

Nr. IV der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 28. Februar 1912:

1. Beschaffung zweier weiterer Lokomotiven für das hiesige Hafengebiet.

Herr Schierenbeck: Herr Präsident! Meine Herren! Gegen den Antrag der Deputation für Häfen und Eisenbahnen wird wohl niemand etwas einzuwenden haben, zumal die Lagerhausgesellschaft die Kosten verzinst. Aber bei dieser Gelegenheit möchte ich einen Wunsch zum Ausdruck bringen, den Sie alle berechtigt finden werden. Es ist bekannt, daß die Lokomotiven, die Rangierlokomotiven den Anwohnern an der Weierbahn recht unangenehm sind. Namentlich die Anwohner der Olbersstraße klagen darüber in den Blättern, und unter der Hand auch mir gegenüber hat man geklagt. Ich habe mich auch überzeugt, daß die Lokomotiven, die da hinausfahren, einen so schrecklich schrillen Pfiß ertönen lassen, daß man an das Schweineschlachten auf dem Lande erinnert wird. Die Herren werden sich von Sommerausflügen und von Badeorten her erinnern, daß die Lokomotiven dort tiefe, sanfte, weiche Töne haben. Warum kann man das nicht auch hier einrichten? Ich bitte den Herrn Rechnungsführer, bei dieser Gelegenheit ein gutes Wort einzulegen, damit die Klagen verstummen.

Herr Addicks: Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen ist leider nicht in der Lage, diese Lokomotiven zu einem melodischeren Pfeifen veranlassen zu können (Heiterkeit), da die Lokomotiven nicht dem bremischen Staat, sondern der preussischen bzw. oldenburgischen Verwaltung gehören. Die Lokomotiven im Freibezirk sind nur auf Pianotöne gestimmt (Heiterkeit) und es sind niemals Klagen über zu schrillen Pfeifen geführt worden.

Herr Schierenbeck: Um so mehr sollte es sich der Herr Rechnungsführer angelegen sein lassen, da die Deputation für Häfen und Eisenbahnen mit der preussischen und oldenburgischen Eisenbahnverwaltung konstant im Verkehr steht, ihr diese Bitte, die berechtigt ist, zu unterbreiten. Ich möchte bitten, daß Herr Addicks seinen Einfluß dort geltend macht.

Herr Garves: Mir fällt der vorletzte Satz der Vorlage auf:

Die Kosten der Lokomotiven sind von der Bremer Lagerhausgesellschaft zu verzinsen.

Ich möchte fragen, wie es mit der Amortisation aussieht? Solche Lokomotiven nutzen doch sehr rasch ab, da müßte doch eine Amortisation vorgesehen werden. Die ist aber nicht zum Ausdruck gekommen. Ich nehme an, daß das ebenfalls geschieht.

Herr Heinken: Nach den Ausführungen des Herrn Garves verzichte ich.

Der Antrag wird angenommen.

2. Straßenpflasterung.

Herr Rötting: Herr Präsident! Meine Herren! Ich möchte mir erlauben, bei dieser Gelegenheit einen Wunsch zu äußern: daß die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, in Erwägung ziehen möge, ob die Bahnhofstraße nicht ein anderes Pflaster bekommen könnte. Es liegt im Interesse der Hotels und der Fremden, die hier in Bremen logieren, daß ein etwas geräuschloseres Pflaster gelegt werde. Die Bahnhofstraße ist, das muß ich bekennen, nicht in schlechtem Zustande, aber soviel ich weiß, ist sie auf Beton gepflastert, und dadurch wird das Geräusch ganz erheblich gesteigert. (Widerpruch.) Das Geräusch ist sehr erheblich —

Präsident: Ich habe nichts dagegen, daß Sie das kurz erwähnen. Mit dem Gegenstand unserer Verhandlung hat das Pflaster der Bahnhofstraße aber nichts zu tun; ich möchte Sie daher bitten, nicht weiter darauf einzugehen.

Herr Rötting: Ich möchte nur den Wunsch aussprechen, daß bei Gelegenheit darauf Rücksicht genommen werde.

Präsident: Wir nehmen den Bericht dankend entgegen.

3. Einkommensteuer in den Hafenstädten und im Landgebiet.

Herr Fitger: Herr Präsident! Die Vorlage ist das Ergebnis sehr eingehender Verhandlungen. Es hat langer Zeit bedurft, ehe die Deputation sich dahin geeinigt hat. Das ist geschehen, und ich bitte die Bürgerschaft, nun ebenfalls die Basis zu akzeptieren und den Antrag zu genehmigen.

Der Antrag wird angenommen.

4. Fortbildungsklassen für Drogisten.

Herr Dr. Scherer: Die Juristische Kommission hat nichts zu bemerken.

Herr Fr. Meyer: Herr Präsident! Meine Herren! Nachdem diese Vorlage von der Kammer für Kleinhandel usw. begutachtet ist und empfohlen wird, hoffe ich, daß auch die Bürgerschaft ihr zustimmen wird. Ich möchte aber noch einen Zusatz beantragen:

Die Bürgerschaft beschließt, daß zu den die Drogisten-Fachschule betreffenden Verhandlungen der Schuldeputation zwei von dem Drogistenverein zu Bremen, E. B., zu erwählende Mitglieder mit beratender Stimme zuzuziehen sind.

Der Verein ist seit 1893 ein eingetragener Verein, und ich glaube, daß er soviel Beachtung finden wird, daß man ihn zuziehen wird.

Präsident: Ich verstehe nicht: Soll Ihr Antrag in das Gesetz hineingearbeitet werden?

Herr Fr. Meyer: Ich will das nur als Wunsch aussprechen. Die Bürgerschaft soll den Wunsch aussprechen.

Präsident: Sie wollen also, daß das Gesetz genehmigt werde, und zugleich soll die Bürgerschaft diesen Wunsch aussprechen.

Herr Busch: Die Schuldeputation sagt im letzten Satz ihres Berichtes, es solle der weiteren Entwicklung überlassen bleiben,

ob wegen erheblicher Vermehrung des Umfangs der Tätigkeit des Direktors eine anderweitige Normierung des Gehalts geboten ist.

Ich bin der Meinung, daß eine solche Bemerkung nicht in den Bericht hätte hineingebracht werden sollen. Wenn in dem Bericht so etwas gleich gesagt wird, dann wird der Direktor gleich kommen und sagen: Ich muß mehr Gehalt haben. Wir sind doch stets zusammen und können, wenn es nötig ist, dem Direktor mehr Gehalt bewilligen, es ist aber nicht richtig, daß eine solche Bemerkung in den Bericht hineinkommt.

Der Antrag Meyer wird genügend unterstützt.

Herr Bruns: Ich möchte die Bürgerschaft bitten, der Anschauung des Herrn Busch nicht Folge zu geben. Gerade mit dieser Äußerung hat sich die Schuldeputation lange beschäftigt, und sie hat mit großer Mehrheit beschlossen, die Bemerkung in den Bericht aufzunehmen, damit wir, wenn wir vielleicht nach ein bis zwei Jahren mit einem Antrage an die Bürgerschaft kommen, auf diese Bemerkung hinweisen können, und man uns nicht den Vorwurf machen kann, daß wir mit einem solchen Antrage kommen, nachdem eben erst die Beamtengehälter reguliert sind.

Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Der Antrag Fr. Meyer:

Die Bürgerschaft spricht dabei den Wunsch aus, daß zu den die Drogisten-Fachschule betreffenden Verhandlungen der Schuldeputation zwei von dem Drogistenverein zu Bremen, E. B., zu erwählende Mitglieder mit beratender Stimme zuzuziehen sind, wird angenommen.

Nr. 1 der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 24. Februar 1912:

2. Erweiterungsbau des Städtischen Museums für Natur-, Völker- und Handelskunde.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand, dessen Beigeordneter Herr Bauinspektor Knop.

Herr Ed. Achelis für die Baudeputation: Herr Präsident! Meine Herren! Der Bau des Städtischen Museums hat eine Ueberschreitung von 40 000 respektive 50 000 inklusive des Inventarfonds gebracht. Die Baudeputation bittet die Bürgerschaft um Nachbewilligung dieser Summe. In Anbetracht der Bedeutung des Umbaus und der Größe der Ueberschreitung hat die Baudeputation es für richtig gehalten, der Bürger-

schaft einen möglichst ausführlichen Bericht zu übergeben, in dem nach ihrer Ansicht die Gründe dargelegt sind, welche zu der Ueberschreitung geführt haben. Es kann dabei zugegeben werden, daß noch eine Reihe anderer Gründe hätte angegeben werden können. Da aber schon in dem vorliegenden Bericht eine Mehrausgabe von 62 000 M. nachgewiesen ist, so glaubte die Baudeputation nicht weitergehen zu brauchen, um nicht den Bericht zu umfangreich werden zu lassen. Immerhin scheint der vorliegende Bericht zu gewissen Unklarheiten geführt zu haben, und die Baukommission kann sich, wie mir berichtet ist, dem Bericht nicht in all seinen Teilen anschließen, und sie wird ihrerseits vielleicht eine Begründung geben, die aber hoffentlich nicht wesentlich von der der Deputation abweichen wird.

Die entstandene Ueberschreitung beruht auf verschiedenen Ursachen. Zum Teil in Anschaffungen, die nicht vorgesehen waren und nicht vorgesehen werden konnten und die auf Seite 151 und 152 ausgeführt worden sind, und die zum Teil auch nicht durch die vorhandenen Ersparnisse bei anderen Titeln auf Grund der Ausführungen, die seinerzeit hier gemacht worden, gedeckt sind. Ferner kommt eine Ueberschreitung des Titels „Insgesamt“. Dieser enthält die hohen Bauleitungskosten, die wiederum ihren Grund haben zum Teil in der besonders langamen Bauausführung. Auch sind auf diesen Titel 4300 M. ausgegeben worden für die Kosten der verschiedenen Anschlagsentwürfe, bevor überhaupt Senat und Bürgererschaft den Kostenanschlag für das Museum genehmigt hatten.

Was die Mehrleistungen in den Anschaffungen betrifft, so hat sich die Notwendigkeit erst während des Baues im Verkehr mit der Museumsleitung ergeben. Dazu gehören vor allem die auf Seite 152 unter 4 angegebenen Posten im Betrage von 8100 M., ferner die Kosten unter 5, Nachschleifen der Terrazzofußböden im alten Teil des Museums. Dieser Sachen wegen Senat und Bürgererschaft vorher zu befragen, schien der Deputation nicht angängig, erstens, weil die Forderungen sich nicht auf einmal zeigten, sondern erst nach und nach, zweitens, weil jede Summe für sich unbedeutend war, drittens, weil sie mit den laufenden Bauarbeiten Hand in Hand ging. Die Notwendigkeit der Heizungsveränderungen stellte sich im Sommer 1909 heraus, als die Bürgererschaft in Ferien war. Sie mußten aber sofort in Angriff genommen werden, wenn die Heizung bis zum Eintritt der kalten Witterung fertig sein sollte.

Was die 4400 M. für Schränke anlangt, so wäre es allerdings besser gewesen, Senat und Bürgererschaft vorher darüber zu befragen, weil diese Anschaffung mit dem Bau nicht in direktem Zusammenhang stand und für sich betrachtet werden kann. Zu deren Anschaffung, die auch von der Museumsleitung gewünscht worden war, hatte sich die Baudeputation im Einverständnis mit der Museumsleitung entschlossen, weil die Ausschreibung, die seinerzeit für Schränke gemacht worden war, ein außerordentlich günstiges Resultat

ergeben hat und die Museumsleitung diese Schränke dringend wünschte.

Außerdem sind schon in der beantragten Summe einbegriffen die Kosten für Verbesserungen in den Verdunkelungseinrichtungen, die bis auf Kleinigkeiten noch nicht in Angriff genommen werden konnten, die aber unbedingt notwendig sind. Deshalb beantragt die Baudeputation, auch diese 6000 M. zu bewilligen.

Ich hoffe, daß die Ausführungen, wie sie in dem ausführlichen gedruckten Bericht enthalten sind, die Bürgererschaft von der Zweckmäßigkeit der gemachten Ausgaben und der Ueberschreitung überzeugt haben, und beantrage, die Summe von 40 000 resp. 50 000 M. zu bewilligen.

Herr Hagemeyer für die Baukommission: Herr Präsident! Meine Herren! Die Baukommission hat sich in zwei langen Sitzungen eingehend mit der Vorlage beschäftigt. Sie ist nicht zu einem andern Resultat gekommen, als die Bewilligung der 50 000 M. zu empfehlen. Sie stößt sich auch weniger an den Ueberschreitungen an sich, ist aber keineswegs mit dem Bericht als solchem einverstanden. Ich kann voraussagen, daß wir ohne weiteres der Ueberzeugung sind, daß bei dem Bericht unlautere Absichten, die Absicht, etwas zu vertuschen, nicht vorgelegen haben. Wir sind aber der Meinung, daß der Bericht nicht die Wirklichkeit, in wesentlichen Punkten nicht das Richtige trifft. Ich habe Herrn Ed. Achelis in kollegialer Weise schon vorher von den Einzelheiten verständigt, die ich vorbringen will, und sein mündlicher Bericht hat ja den schriftlichen auch schon in gewissem Sinne abgeändert.

Herr Präsident! Meine Herren! Der Bericht sagt: Die Ueberschreitungen sind zurückzuführen in der Hauptsache auf die ungedeckten 23 000 M. beim Vorbau nach der Postseite, und zweitens auf die völlige Erneuerung der Heizungsanlage im alten Gebäude. Das seien die beiden Hauptsachen. Außerdem Ueberschreitung des Titels „Insgesamt“, weil auf diesem Titel und auf andern Titeln für unvorhergesehene Fälle nicht genügend veranschlagt sei. Ferner sagt der Bericht, daß Mehranschaffungen in Frage kommen, die die Verwaltung erst nachher für erforderlich befunden hat, wie Schränke, Vergrößerungen des Aquariums, Erweiterung der Kellerräume, Verdunkelungseinrichtungen.

Herr Präsident! Meine Herren! Diese letzteren Mehranschaffungen und die Ausgabe für die Heizungsanlage sind so klar begründet, daß wir ohne weiteres die Summen dafür bewilligen können.

Was den Titel „Insgesamt“ betrifft, so steht die Baukommission grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß darauf nicht unvorhergesehene Ausgaben bei andern Titeln genommen werden dürfen. Sie ist da anderer Ansicht wie die Baudeputation, und sie wird sich darüber mit der Baudeputation respektive dem Herrn Senatskommissar als deren Vertreter noch zu unterhalten haben. Die Baukommission ist aber zu der

Ansicht gekommen, daß dieser Fall, wie er in dem Bericht geschildert wird, auf diesen Bau nicht zutrifft. Nun ist gesagt worden, daß unvorhergesehene Ausgaben in höherem Maße hätten vorgesehen werden müssen für die einzelnen Titel, dann wären die recht erheblichen Ueberschreitungen auf diesen nicht vorgekommen. Das, Herr Präsident, meine Herren, ist bei den meisten Titeln nicht nur nicht der Fall, sondern bei den meisten Titeln sind Ersparnisse gemacht und zwar ziemlich bedeutende. Nur bei den Maurerarbeiten nicht und dann nicht bei dem Titel „Insgemein“. Da wird gesagt, daß die Baukommission zuviel gestrichen hätte. Das mag dahingestellt bleiben. Aber der Herr Rechnungsführer hat schon ausgeführt, und die Baukommission schließt sich dem an, daß, da der Bau wesentlich länger gedauert hat als vorgesehen war, natürlich der Titel „Insgemein“, auf den die Verwaltungskosten, die allgemeinen Kosten, die Kosten für die Gehalte, genommen werden, infolgedessen wesentlich größer werden mußte.

Nun wird der Vorbau nach der Postseite in der Hauptsache herangezogen. Die Baukommission hält diese Begründung am allerwenigsten zutreffend. Es ist damals bei dem Antrag an Senat und Bürgerschaft, den Vorbau auszuführen, von der Hochbauinspektion gesagt worden:

Von den Kosten des Vorbaues, die auf 50 000 $\mathcal{M}$ berechnet sind, können infolge Einschränkung der ursprünglich geplanten Treppenanlage, sowie unter Berücksichtigung der Wiederverwendung des alten Materials, rund 27 000 $\mathcal{M}$ gedeckt werden. Den verbleibenden 23 000 $\mathcal{M}$ stehen durch die von der Baudeputation genehmigte Veränderung der vier Ecktürme und durch günstige Ergebnisse einiger der bis jetzt entschiedenen Submissionen wahrscheinlich soviel Ersparnisse gegenüber, daß voraussichtlich keine Nachbewilligung auf den Bau beantragt zu werden braucht; die Bauverwaltung wird vielmehr versuchen, mit den bereitgestellten Mitteln auszukommen.

Das ist, glaube ich, auch richtig gewesen. Es hat sich ergeben, daß mit Ausnahme der Ueberschreitung der Maurerarbeiten und der Verwaltungskosten der Vorbau im Rahmen des Kostenanschlages ausgeführt werden konnte. Aus der Anlage auf Seite 156 können meine Herren ersehen, daß bei allen übrigen Posten: Steinhauerarbeiten, Zimmerarbeiten, Schmiede- und Eisenarbeiten, Dachdeckerarbeiten, Glaserarbeiten, die doch auch im Vorbau zu machen waren, sogar nicht unbedeutende Ueberschüsse vorhanden sind. Wie nun die Bauverwaltung sagen kann, daß dafür nicht Geld genug da war, verstehe ich nicht. Aber die Baukommission hat Zweifel daran, ob überhaupt der Vorbau 50 000 $\mathcal{M}$ gekostet hat. Sie ist der Ansicht, daß nach überschläglicher Berechnung bei Annahme für den Kubikmeter umbauten Raumes von 20 $\mathcal{M}$ — ein verhältnismäßig hoher Einheitspreis — der Vorbau

nur zirka 30 000 $\mathcal{M}$ gekostet haben kann. Und dann fällt erst recht diese ganze Begründung in sich zusammen.

Die Annahme der Baukommission erscheint aber auch aus folgenden Gründen zutreffend: Wenn man nämlich folgende Posten zusammenzählt, so ergibt sich auch schon die Summe von 50 000 $\mathcal{M}$:

Heizungsanlage für den alten Bau.	$\mathcal{M}$ 15 400
Insgemein	„ 10 700
Neuanfassungen:	
Schränke	„ 4 400
Aquarium und Keller	„ 8 100
Verdunkelungseinrichtungen	„ 6 000
Ab Schleifung des Terrazzo Fußbodens ..	„ 3 900

zusammen rund ... $\mathcal{M}$ 49 000

also nur 1000 $\mathcal{M}$ unter 50 000 $\mathcal{M}$, die uns keine Kopfschmerzen zu machen brauchen. Wenn die Bauverwaltung die Sache so begründet hätte, daß für alle diese Sachen 50 000 $\mathcal{M}$ mehr ausgegeben seien und dann noch über die 51 000 $\mathcal{M}$ Ueberschreitung bei den Maurerarbeiten etwas gesagt hätte, dann würde die richtige Begründung für die Mehrforderung gegeben sein. Wir sind der Ansicht, daß wahrscheinlich schon beim ersten Kostenanschlag die Anzahl der Kubikmeter Mauerwerk nicht hoch genug berechnet war. Nun hatte ja aber die Bauverwaltung das Recht, da die Titel übertragbar sind, diese 51 000 $\mathcal{M}$ aus Ersparnissen bei andern Titeln zu decken.

Ich komme also zu dem Resultat, daß die Begründung eine andere hätte sein sollen, daß wir aber, wie die Sache liegt, die 50 000 $\mathcal{M}$ bewilligen müssen.

Herr Blanke: Herr Präsident! Meine Herren! Die Einzelheiten sind in der Baukommission so gründlich erörtert worden, daß man annehmen muß, daß die Herren bei einem andern Bau sich wahrscheinlich etwas vorsehen werden. Ich begreife nur nicht, daß der Baudirektor, den wir angestellt haben, die Hochbauinspektion zu kontrollieren, während der Bauzeit, die sehr lange gedauert hat, sich nicht einmal über den Baufonds orientiert hat. Der Herr scheint mehr Dekoration zu sein und weniger eingreifender Natur, sonst hätte der Herr sich wohl um diese Sache gekümmert. Der jetzige Herr Senatskommissar kann zu dieser Sache nichts tun; der frühere Herr Senator hat sich in eine feinere Deputation wählen lassen und braucht sich mit solchen Kleinigkeiten nicht mehr abzugeben. (Weiterkeit.) Diese Mehrforderung wegen des Anbaus, was Herr Hagemeyer gesagt hat, die kann man rechnen, wie man will. Der Herr Senatskommissar wird vielleicht noch darauf eingehen. Ich möchte nur wünschen, ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen — wir haben in nächster Zeit noch einige Nachforderungen zu schluden: Katschke, Schule an der Hemelingerstraße — ich möchte nur wünschen, was ich empfehlen muß, und das ist immer die Ansicht der Juristischen Kommission gewesen, daß die Herren sich vorher über den Baufonds orientieren,

damit nicht nachher solche Erörterungen kommen. Diesen Betrag müssen wir ja bewilligen.

Präsident: Sie haben eine wenig freundliche Bemerkung über die Baudeputation gemacht. Sie haben gesagt, der frühere Vorsitz der Baudeputation habe sich in eine feinere Deputation wählen lassen, in der man sich mit Kleinigkeiten nicht abgebe. Das klingt beinahe so, als wenn die Baudeputation nichts Ordentliches wäre. Ich nehme an, daß Sie die Baudeputation nicht haben herabsetzen wollen.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: Ich bin dem Herrn Präsidenten dankbar für die Worte, die er die Güte gehabt hat, auf die Bemerkungen des Herrn Blanke zu erwidern. Ich möchte aber auch kurz auf das eingehen, was Herr Blanke über die Tätigkeit der Baudirektion gesagt hat. Ich glaube, über einen Beamten, der pflichttreu und tüchtig ist, sollte in der Bürgererschaft nicht so gesprochen werden, zumal er nicht anwesend ist und sich nicht verteidigen kann. Ich habe nicht geglaubt, daß solche Angriffe erfolgen würden, sonst würde ich veranlaßt haben, daß der Baudirektor selbst hier wäre, um auf die Ausführungen des Herrn Vorredners zu antworten. Im übrigen liegt es so, daß der Baudirektor nach Bremen gekommen ist, als der Erweiterungsbau des Museums bereits genehmigt war, daß er in eine, schon im Laufe befindliche Sache hineingekommen ist. Er hatte sich dann erst in die hiesigen Verhältnisse einzuleben. Ob es ihm da zum Vorwurf gemacht werden kann, wenn er sich um die Einzelheiten eines Baues, wie das Museum, nicht ständig und fortlaufend bekümmert hat, was in erster Linie nicht seine Sache, sondern Sache der zuständigen Hochbauinspektion war, stelle ich der Beurteilung und Entscheidung der Bürgererschaft anheim. Ich glaube nicht, daß die erhobenen Vorwürfe als berechtigt anerkannt werden können.

Was die Sache selbst anbetrifft, so könnte nach dem, was die beiden Vorredner, die Herren Blanke und Hagemeyer, ausgeführt haben, eigentlich eine größere Nachbewilligung gerechtfertigt erscheinen, als die Baudeputation sie beantragt hat. Beide Herren haben eine große Zahl von Posten angeführt, bei denen zweifellos Mehrkosten gegenüber dem Anschlag erwachsen müßten, so daß eine Nachbewilligung nicht zu vermeiden war. Aus der Zusammenstellung, Anlage 2, ist zu ersehen, bei welchen Posten Ersparungen und bei welchen Ueberschreitungen stattgefunden haben. Die Herren Vorredner haben darauf hingewiesen, daß bei einer größeren Zahl von Posten Ersparungen vorgekommen sind, aber diesen Minderausgaben stehen bei anderen Posten der Zusammenstellung Ueberschreitungen gegenüber, woraus sich die vorliegende Differenz ergibt. Beanstandet ist auch in erster Linie mehr die Motivierung im Bericht, namentlich der Hinweis auf den Vorbau; beide Herren haben Zweifel ausgesprochen, daß außer den 27 000 M., die wegen

Begfalls der Treppenanlage erspart sind, noch weitere 23 000 M. wirklich hätten aufgewendet werden müssen, um den Vorbau herzustellen. Wir haben uns bei Feststellung des Berichts in der Baudeputation an den, seinerzeit Senat und Bürgererschaft vorgelegten, Kostenanschlag gehalten, inhalts dessen der Vorbau auf 50 000 M. veranschlagt war. Eine spezielle Berechnung dessen, was der Vorbau effektiv gekostet hat, hat nicht stattgefunden. Wir sind davon ausgegangen, daß die wirklichen Kosten dem Anschlage etwa entsprechen haben werden, weil die Kosten größtenteils nach den Beträgen eingestellt waren, die für gleiche, bereits vergebene Arbeiten kontrahiert waren. Ich kann es verstehen, daß in Beziehung auf die Höhe der wirklich aufgewendeten Kosten jetzt Zweifel erhoben werden; es wird daher eine weitere genaue Prüfung erfolgen. Auf das Resultat der Abrechnung im ganzen hat dies aber keinen Einfluß, denn bei der Kostenzusammenstellung für die effektiv aufgewandten Mittel in der Anlage 2 sind bei den einzelnen Posten, insbesondere beim Posten Mauerarbeiten die Kosten für den Vorbau und für das Hauptgebäude nicht getrennt, so daß sich aus der Zusammenstellung auch nicht ersehen läßt, ob die eingetretene Ueberschreitung auf den Vorbau oder auf den Erweiterungsbau im übrigen zurückzuführen ist. Eine nähere Feststellung soll aber, wie gesagt, vorgenommen werden. Ich bitte die Bürgererschaft auch meinerseits, den Anträgen, welche die Deputation gestellt hat, zuzustimmen. Es ist ja nicht erfreulich, daß die Baudeputation mit dieser Nachforderung hat kommen müssen, aber ich glaube, auch die Bürgererschaft wird zugeben, daß es bei einem derartig komplizierten Bau, wie er hier in Frage kommt, mindestens begreiflich und entschuldbar ist, daß Ueberschreitungen vorgekommen sind.

Herr Blanke: Ich habe sagen wollen, daß der Herr, unter dessen Verwaltung diese Bauten und die noch später auszuführenden gebaut werden, sie selber in der Bürgererschaft vertreten kann.

Der Antrag der Deputation wird angenommen.

9. Vergrößerung des Gefängnisses, Neubau eines Zuchthauses in Oslebshausen.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand, Beigeordneter des Senatskommissars Herr Direktor Fliegen Schmid.

Herr Specht: Als Rechnungsführer der Deputation für die Gefängnisse gestatte ich mir, der Bürgererschaft die Vorlage zur Annahme zu empfehlen. Dem Berichte habe ich nichts hinzuzufügen.

Herr Hagemeyer: Namens der Baukommission empfehle ich den Zuchthausbau mit Untergeschoß.

Der Antrag wird angenommen.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.